

Ganzjährig	6 fl. — fr.
Halbjährig	3 „ — „
Vierteljährig	1 „ 50 „
Monatlich	— „ 50 „

Ganzjährig	9 fl. — fr.
Halbjährig	4 „ 50 „
Vierteljährig	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & F. Bamberg).

Für die einspaltige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 fr. dreimal à 7 fr. Infektionsstempel jedesmal 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 87.

Mittwoch, 25. November. — Morgen: Konrad.

1868.

Die Wahlen in England.

Nach den neuesten Nachrichten über die Parlamentswahlen in England entfallen auf 439 bisher bekannt gewordene Wahlergebnisse 283 liberale und 156 konservative Kandidaten. Die Wiener „Presse“ macht über den Wahlsieg der Liberalen folgende Bemerkungen:

Die Tories werden im neuen Parlamente sich in einer Minderzahl befinden, wie das seit langem kaum mehr der Fall gewesen, und wohl für einige Jahre auf jede unmittelbare Theilnahme an den Regierungs-Geschäften verzichten müssen. An eine weitere Fortsetzung des Kampfes, wie er vom Ministerium während der letzten Parlaments-Session gegen die Majorität geführt wurde, kann das Cabinet den neuen Wahlen gegenüber ebensowenig denken, wie es ernstlich den Plan einer Auflösung des kaum gewählten Parlaments in Erwägung ziehen kann. Es bleibt den Tories nichts anderes übrig, als auf ihr Amt zu resigniren und durch eine vollständige Reorganisation ihrer Partei mittels Heranziehung neuer Elemente in dieselbe und Abänderung ihres Programms jene Kräftigung zu suchen, welche ihr wieder ein erfolgreiches Ringen um den maßgebenden Einfluß möglich machen wird. Für die nächsten Jahre ist durch ihren jetzigen Wahlsieg die liberale Partei zur Leitung der Geschäfte berufen, und wir werden, bevor zwei Monate verfloßen sind, hören, daß Gladstone eine neue Regierung gebildet hat.

Auf unsere kontinentalen Verhältnisse wird dieser Regierungswechsel in London kaum einen nachtheiligen Einfluß ausüben. Gladstone, der künftige Premier, huldigt ebenso wie Lord Stauley dem Grundsatz der Nichtmischung; die Erklärungen, welche er, veranlaßt durch den gegenwärtigen Leiter des auswärtigen Amtes, unlängst bei

dem Bankette in Shenfield gegeben, lassen hierüber keine Zweifel aufkommen. Er wird in seiner Entschlossenheit vielleicht noch weiter gehen als seine Vorgänger im Amte; sich den kontinentalen Streitfragen gegenüber, so lange England nicht in seinen vitalsten Interessen im Oriente berührt wird, noch zurückhaltender zeigen als die Tories in der gegenwärtigen Regierung. Er wird noch weiter gehen als diese, wenn es sich darum handelt, durch Konzeffionen an das Selbstbestimmungsrecht der Völker etwa einen drohenden Sturm zu beschwören; der Präzedenzfall mit den Ionischen Inseln beweist das. Nur in einer Richtung erhält jetzt das britische Cabinet in Bezug auf seine auswärtige Politik einen prononzierteren Charakter: in Betreff seiner Beziehungen zu Nordamerika. Der Wahlsieg der Liberalen bringt die sogenannte amerikanische Partei zur Geltung — John Bright soll sich zur Uebernahme eines Portefeuilles bereit finden lassen — und besiegelt damit die Aussöhnung zwischen den beiden großen angelsächsischen Nationen vollends. Damit ist der Spekulation auf eine russisch-amerikanische Allianz der letzte Halt genommen und tritt im großen Staaten- und Völkerleben wieder eine große Koalition in den Vordergrund, welche den freiheitlichen Fortschritt und die friedliche Entwicklung der Zivilisation im Gegensatz zu dem Erstarken des Caesarismus auf unserem Kontinente vertritt.

Von unabsehbaren Folgen ist der große Sieg der Liberalen für Großbritannien selbst. Das neue Cabinet wird bei den Reformen, welche seine Mitglieder in den letzten zwei Jahren durchgesetzt haben, nicht stehen bleiben, sondern dieselben auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung auszubreiten suchen. Die Manchester-Schule, welche im Gefolge Gladstone's in die Verwaltung eintritt, wird bestrebt sein, ihr von Bright wiederholt entwickeltes

Programm einer friedlichen sozialen Revolution der Verwirklichung näher zu bringen. Bright und seinen Parteifreunden schwebt bekanntlich ein „amerikanisches“ Ideal vor; sie möchten den Einfluß der privilegierten Stände brechen und die politische und soziale Lage der unteren Gesellschaftsschichten, der industriellen und ländlichen Arbeiter verbessern.

Die Besteuerung soll gerechter vertheilt, und namentlich die Belastung der ersten Lebensmittel mit hohen Zollsätzen beseitigt werden, ein „freier Frühstückstisch“, nämlich frei von Besteuerung, lautet das neue Partei-Schlagwort, welches der Kampfgenosse Cobden's ausgegeben hat. Mit der Steuerreform Hand in Hand wird ein viel weiter gehendes Sparsystem in der gesammten Administration angestrebt, als Gladstone bereits während seiner Verwaltung des Finanzministeriums durchzuführen wußte. Die anglikanische Kirche soll nicht bloß in Irland aus ihrer bevorrechteten Stellung verdrängt, sondern in England selbst in ihren exorbitanten Privilegien erschüttert werden und mit der Staatskirche das Unterrichtswesen eine umfassende Umgestaltung erfahren. Am weitesten gehen die Pläne der Manchester-Partei in Bezug auf die agrarische Reform; Bright und seine Freunde möchten durch eine von staatswegen in Angriff genommene Grundablösung die Pächter in Freibauern umwandeln und dadurch die herrschende Stellung, welche der Grundadel seit der normanischen Invasion einnimmt, brechen. Das sind weit absehbende Projekte und in Großbritannien, dem Lande der stetigen besonnenen Entwicklung, noch weit weniger schnell auszuführen, als bei uns auf dem Kontinent. Der allererste Schritt zu ihrer Verwirklichung geschieht aber damit, daß jetzt Männer an das Ruder gelangen, welche die Träger dieser weitausgreifenden Reform-Ideen sind. Nach dem Erfolgen, welche die liberale Partei seit dem Beginn der Agitation für die Korngesetze bis heute

Feniketon.

Christenunterdrückung in der Türkei.

Seitdem Rußlands Absichten in Betreff der sogenannten orientalischen Frage selbst vor dem blödesten Auge klar zu Tage liegen, finden auch seine Trabanten, Vasallen und Helfershelfer keine Gunst mehr bei den zivilisirten Völkern Europa's. In der That nimmt es sich auch seltsam aus, wenn dieselbe Politik, welche in Polen systematisch die Ausrottung des Katholizismus betreibt und dabei mit einer beispiellosen Härte und Rücksichtslosigkeit verfährt, — wenn, sagen wir, diese russische Politik über den angeblichen Druck, welchen die „Christen“ im Gebiete des osmanischen Reiches zu erleiden hätten. Aber diese Klagen verhallen, weil wir wissen, daß sie theils erlogen, theils übertrieben sind, und dann auch, weil sie von verdächtiger Seite her erhoben werden. Wie kann man bei uns Theilnahme für sogenannte christliche Halbbarbaren verlangen, welche Juden verfolgen und todtschlagen?

Theilnahme für Völkertrümmer, die lediglich moskowitzische Werkzeuge sind und wesentlich dazu beitragen, Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen?

Auch sind diese „Christen“, abgesehen von ihrer Rückständigkeit in Bezug auf alles, was Kultur heißt, moralisch nicht so geartet, daß wir ein Interesse an ihnen nehmen könnten. Auf keinen Fall erscheinen die Türken schlechter als sie, darüber sind die Stimmen der unbefangenen Leute durchaus einverstanden. Obendrein macht es einen abstoßenden Eindruck, wenn man sieht, wie und weshalb ein religiöses Moment mit so vieler Schaustellung in den Vordergrund gestellt wird; man weiß, daß die nackte Eroberungssucht im Hintergrunde lauert.

Wir sehen jetzt mit einer Art von spöttischem Mitleiden auf die Beschränktheit jenes Filhellenismus zurück, der vor etwa vierzig Jahren gleich einer pflanzlichen Seuche grassirte. Die „Griechenfreunde“ arbeiteten der russischen Politik in die Hand und ernteten für sich selber nur Undank. Was aus dem hellenischen Staate geworden ist und wie die Griechen in demselben wirtschaften, weiß jedermann. Gleichviel ob er klein bleibt wie bisher, oder ob er Epirus, Thessalien und Krete sich ein-

verleibe, — ein Vasall und Werkzeug Rußlands bleibt er so wie so.

In Betreff der Verhältnisse auf Kandia ist das europäische Publikum von einem Theile der Presse eben so planmäßig belogen worden, wie es in Bezug auf die nordamerikanischen Verhältnisse seit acht Jahren geschehen ist und noch geschieht. Man schreibt Unwahrheiten und verschweigt Thatfachen oder stellt die letzteren so dar, wie es dem Parteiinteresse entspricht.

Wir haben zwei Mittheilungen vor uns liegen, welche auf die kandiotischen Dinge helle Schlaglichter werfen. Die Garibaldiner hatten 1866 einen Einfall in Tirol gemacht, um, natürlich im Namen der italienischen Nationalität, das deutsche Land bis zum Brenner und Finstermünzpassse zu erobern. Sie wurden, wie billig und recht, mit blutigen Köpfen heimgeschickt. In Italien selber war dann im Herbst 1866 nichts mehr für sie zu thun. Da brach der kretische Aufstand aus. Handelte es sich dabei etwa nicht um den „heiligen Kampf einer unterdrückten Nationalität“? Die Presse auf der Apenninhalbinsel bekam filhellenische Anwandlungen; sie entdeckte, daß die „heilige“ Sache

errungen hat, läßt sich ihr auch fernerhin der Sieg profizieren.

Von den Delegationen.

Das Subkomitee der Reichsrathsdelegation für das Militärbudget hielt am 22. November eine fast fünfstündige Sitzung, in welcher sehr bedeutende Abstriche im Militärbudget vorgenommen wurden. Es wurde beschlossen, die allfälligen Abstriche bei den einzelnen Titeln panschaliter vorzunehmen und das Virement zwischen den einzelnen Titeln nicht zu gestatten.

Auf Grund dieser Beschlüsse schritt man nun zur Berathung der einzelnen Titel, und wurde die Einstellung derselben in folgender Weise angenommen:

Erster Titel: Zentralleitung, im Voranschlage mit 2,704.985 fl. eingestellt, wird auf Antrag des Dr. Rehbauer in dem Betrage von 2,200.000 fl. eingestellt, während Delegirter Grocholski nur einen Abstrich von 204.985 fl. beantragt.

Der zweite Titel, bei dem a. h. Hof in Dienstleistung stehende Generale, Stabs- und Oberoffiziere u. s. w., im Betrage von 145.522 fl. Gelderforderniß, ist aus dem Militäretat auszuschneiden und bei dem Etat des Hofstaates zu behandeln.

Der dritte Titel, Kommanden und Stäbe (angesezt mit 1,442.944 fl.) wird über Antrag des Delegirten Dr. Rehbauer mit nur 1,200.000 fl. angenommen.

Der vierte Titel, Truppenkörper und allgemeine Truppenauslagen, ist im Voranschlage mit 20,502.050 fl. angefezt. Delegirter Dr. Figuly beantragt denselben mit 17 Millionen Gulden einzustellen, Delegirter Dr. Rehbauer will bloß 16,502.050 fl., Delegirter Vidulich 18,500.000 fl. und Delegirter Grocholski 19 Millionen Gulden bewilligt sehen. Der Antrag Rehbauer wird abgelehnt und nach dem Antrage des Delegirten Dr. Figuly der vierte Titel mit 17 Millionen Gulden eingestellt.

Die in dieser Sitzung vorgenommenen Abstriche erreichen daher die ausländige Höhe von fast 4½ Millionen Gulden.

Ausgleich mit den Tschechen?

Eine sehr wichtige Nachricht kommt dem „Br. Tgbl.“ auf telegrafischem Wege aus Pest zu:

In den Kreisen unserer Delegation spricht man von Unterhandlungen, die mit den Tschechen angebahnt werden sollen, um zu einem Ausgleich zu gelangen. Der unmittelbare Anstoß zu diesen Versuchen soll vom Herrn Dr. Berger ausgegangen sein. Die vom Grafen Dürheim in der Debatte über das Ausgleichsgesetz angeregte Idee, daß Vertrauensmänner tschechischer und deutscher Nationalität zu freien Berathungen zusammentreten sollen, um ein Ausgleichsprogramm zu schaffen, soll verwirklicht

werden und sind bereits Schritte geschehen, um hervorragende, wenn auch außerhalb des Reichsrathes stehende Persönlichkeiten aus beiden Parteien zu solchen Konferenzen zusammenzubringen. In Wien wurde unter andern auch Herr Dr. Fischhof im vertraulichen Wege aufgefordert, an den Berathungen theilzunehmen, er lehnte jedoch vorläufig ab. Die tschechischen Persönlichkeiten, an die man sich bis jetzt gewendet hat, stellten als die Grundbedingung des Ausgleichs die Errichtung einer böhmischen Hofkanzlei und die Ernennung eines böhmischen Hofkanzlers hin.

Es bestätigt sich also, daß in der That nicht bloß die ernste Absicht besteht, eine Aussöhnung mit den Tschechen zu Stande zu bringen, sondern daß man auch bereits die Mittel und Wege sucht, um dieselbe in Angriff zu nehmen. In dieser Beziehung wird uns ein interessantes Wort erzählt, das einer unserer Minister dem ihn besuchenden Dr. Goldmark zurief: „Es muß etwas geschehen!“ — sagte beiläufig der Minister — „um in Böhmen eine Aenderung der gespannten Verhältnisse herbeizuführen. Der kaiserliche Konstitutionsentwurf mit seiner Kreisverfassung, welche den Nationalitäten einen großen Spielraum gibt und die Autonomie fest begründet, könnte in dieser Richtung eine glückliche Lösung herbeiführen.“ Diese Aeußerung zeigt, daß das Ministerium sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, eine Verfassungsänderung, wohlgerichtet auf verfassungsmäßigem Wege, werde sich nicht vermeiden lassen, um zu einer vollständigen Beruhigung der westlichen Reichshälfte zu gelangen.

Ob aus den Konferenzen etwas wird, bemerkt das genannte Blatt, das vermögen wir nicht voraus zu sagen. Wir enthalten uns auch heute an dieser Stelle, da die Sache noch allzu nebelhaft ist, noch nicht feste Formen angenommen hat, eines bestimmten Urtheiles sowohl über diesen Vorgang als auch über die Forderungen der Tschechen. Wissen wir ja doch nicht, was sie eigentlich unter einem „Hofkanzler“ verstehen. Wir wissen auch nicht, ob nicht etwa in Folge der von den Tschechen gestellten Kardinalbedingung der Versuch überhaupt aufgegeben worden ist. Wir referiren eben bloß über die zu unserer Kenntniß gelangenden wichtigen und interessanten Thatsachen.

Politische Rundschau.

Lai bach, 25. November.

In den Delegirtenkreisen verlautet, der Kriegsminister Baron Ruhn wolle seine Entlassung einreichen, wenn die Delegation darauf besteht, am Militärbudget einen Pauschalabstrich vorzunehmen.

In einer Konferenz der Deakpartei brachte der ungarische Minister Wentheim im Na-

men der Regierung die künftige Verlängerung des Reichsrathsmandates von drei auf fünf Jahre zur Sprache. Dieser Antrag wurde jedoch von der Konferenz nach kurzer Debatte abgelehnt.

Der Bericht der Wehrgesetzkommision des Herrenhauses empfiehlt die Annahme des Gesetzes in der Fassung des Abgeordnetenhauses und spricht das lebhafteste Bedauern aus, daß für das Zustandekommen eines so wichtigen Gesetzes die Mitwirkung des Herrenhauses durch die knapp bemessene Zeit beschränkt sei. Es müsse demnach die Nichtvornahme von Abänderungen als ein Akt des Patriotismus betrachtet werden. Der Bericht bezeichnet jene Punkte, deren Aenderung durch Regierungsanträge wünschenswerth erscheint.

Man hat allen Grund, zu vermuthen, daß die Wehrgesetz-Debatte im Herrenhause nur eine einzige Sitzung in Anspruch nimmt und daß das Gesetz en bloc zur Annahme gelangt. Es wird dann allerdings noch einmal an den ungarischen Reichstag zurückgehen müssen, insofern es als eine wesentliche Aenderung der ungarischen Beschlüsse erachtet wird, daß dem Kriegsminister die ihm von Ungarn erteilte Ermächtigung versagt ist, die Mannschaften nöthigenfalls noch ein viertes Jahr unter den Fahnen zurückzuhalten. Man hält sich aber der nachträglichen Zustimmung Ungarns zu dieser, lediglich eine Erleichterung der Militärlast in sich schließenden Aenderung um so mehr versichert, als die Regierung dem Vernehmen nach sich bereit erklären wird, das Reichsrathsvotum zu akzeptiren. Uebrigens wird der ungarische Landtag sodann noch die Rekrutierung für 1869 zu bewilligen haben.

Das Gerücht von dem nahe bevorstehenden Ende des Ausnahmezustandes in Prag tritt immer bestimmter hervor. Vor kurzem wurden in dieser Richtung aus Pest Andeutungen gemacht, nun wird dem „Tagesb. a. M.“ von Wien aus gemeldet, daß schon mit Anfang des nächsten Monats ein kaiserliches Reskript erscheinen soll, durch welches der Ausnahmezustand in Böhmen aufgehoben wird, nachdem in letzter Zeit die Berichte der Prager Statthalterei die Stimmung im Lande als beruhigt und zu keinen strengeren Maßregeln Anlaß gebend schilderten.

Aus Rumänien ist in Pest die Meldung eingetroffen, daß daselbst bei 6000 preussische Arbeiter, angeblich um sich beim rumänischen Staatsbahnbau zu beschäftigen, eingezogen seien, seither jedoch thatsächlich in die Armee, namentlich in das Offizierkorps, und zwar bis zu den höchsten Militärwürden hinauf, eingereiht wurden. Die siebenbürgischen Blätter erblicken darin für die ungarische Regierung einen Mahnruf zur raschen Aufstellung der Honved-Armee, denn diese Bahnarbeiter würden auch den Weg nach Siebenbürgen finden. Dieselben Blätter

Griechenlands und Italiens eng verschwistert sei, und man brachte Waffen und Geld zusammen, damit die Kandioten sich von der Theilnahme der Italiener überzeugen könnten. Mehrere Hunderte von Garibaldinern legten ihre rothen Hemden wieder an und wurden auf einem italienischen Fahrzeuge nach Kreta geschafft, wo sie trotz der Blockade landeten. Sie kämpften in den Reihen der Insurgenten bis ins Frühjahr hinein; dann aber konnten sie es nicht mehr aushalten und eilten wieder fortzukommen. Einer dieser Garibaldinischen Kämpfer, Namens Adolfo Bruzzone, hat dann die Leidensgeschichte dieser Rothhemden, Enthüllungen über Kreta, veröffentlicht, und dieselben der „edlen und kühnen Jugend Italiens“ gewidmet, auf daß diese sich ein warnendes Beispiel nehme. Die Garibaldiner, sagt er, seien nach Kreta gekommen, „um mit ihrem Blute das heilige Prinzip der Solidarität zwischen Schwestervölkern zu besiegeln“. Ma illusi! „der Baum unserer poetischen Fantasie verlor gar bald seine Blätter.“ Die Enttäuschung stellte sich sofort ein; den Italienern brach das Herz, sie wurden von Gewissensbissen gequält, als sie die traurige, nackte Wahrheit vor sich sahen,

und Trost fanden sie nur darin, daß sie sich gelobten, nach ihrer Heimkehr die Wahrheit zu veröffentlichen.

So sagt Bruzzone; er schreibt weiter: „Von Anbeginn des Aufstandes hat die Presse in Europa und namentlich in Italien emsig und eifrig berichtet über die Großthaten und die Leiden der Rebellen, über unablässige Kämpfe, über Opfer, welche täglich auf dem Altare des Vaterlandes gefallen seien, und über die Barbarei der Türken, insbesondere auch der Aegyptier. Aber das alles war in Syra und Athen für die Zeitungen zurecht gemacht worden. Als wir Rothhemden auf Kreta erschienen, fanden wir keine brüderliche Umarmung; man behandelte uns nicht nur mit äußerster Gleichgültigkeit, sondern sehr oft wegwerfend und verächtlich. Die Rothhemden ließen sich anfangs dadurch nicht irre machen. Sie glaubten für eine „edle Sache“ zu kämpfen, und so schlugen sie sich gegen die Türken bei Kisamo, bei Apokorona und bei Topoljá (— d. h. Platz der Pappelbäume; also ein rein slavischer Ortsname auch bei den „reinen Hellenen“ auf Kandia —). Darauf waren sie Zeugen des Gemetzelns von Quinti, bei welchem diese Hellenen

Weiber und Kinder der Türken hinhimmerten, wovon aber die Zeitungen nichts meldeten; sie sahen, wie wild und barbarisch der „christliche Patriot“ Kriaris mit seiner Bande zu Werke ging. Täglich widerte diese Barbarei sie mehr und mehr an; sie verlor alle Sympathie für „eine Sache, die mit der Nationalität auch nicht das allergeringste zu schaffen hat (che nulla ha di nationalità) und weiter nichts ist, als das Werk gieriger Spekulanten, welche in abgefeimter Weise den Schrei wegen des Christenthums als willkommenen Hebel für ihre Absichten erheben lassen.“ Wir wollten nicht ferner Genossen bleiben von Menschen, welche mit den Gefangenen, die sie dem Feind abgenommen hatten, zu Werke gingen, als handle es sich um eine Bartholomäusnacht. Der edle Name eines Italieners sollte ferner nicht dadurch befleckt werden, daß er neben dem solcher Räuber (Klephthen) genannt werde. Ich schreibe dieses Buch, um euch vor Betheiligung an einer Sache zu warnen, die mit euren edlen Wallungen gar nichts zu schaffen hat.“ —

(Schluß folgt.)

wissen auch von preussischen Agenten zu berichten, die zur Inspizierung wichtiger strategischer Punkte an der Grenze Siebenbürgens ausgesendet wurden.

Zur Tagesgeschichte.

— Mit Bezug auf jene Notiz, der zufolge der Fürstbischöf Cardinal Rauscher sich geweigert habe, die Leiche des Bürgermeisters Zelinka einzusegnen, bemerkt der „Volksfreund“: Nicht der Bürgermeister von Wien, sondern der Landesfürst ist Patronats Herr von St. Stefan, und der Erzbischof von Wien segnet nach bisheriger Uebung nur die Leiche des Kaisers oder der Kaiserin ein. Prinzen und Prinzessinnen des kaiserlichen Hauses werden vom Weihbischof konduziert, Herr Magistratsrath Krones, dem dies nicht unbekannt sein dürfte, wird wohl auch angesucht haben, daß ein kirchlicher Würdenträger die Leiche des verstorbenen Bürgermeisters einsegne, welcher Wunsch denn auch in der auszeichnendsten Weise erfüllt wird.

— Vor einigen Tagen ist in dem Gebäude der Staatskanzlei in die von dem Herrn Reichskanzler Freiherrn von Veust bewohnten Lokalitäten auf bisher noch unaufgeklärte Weise eingebrochen und sind aus dem Schlafzimmer des Reichskanzlers sämtliche darin aufbewahrt gewesene Ordensdekorationen entwendet worden, deren Werth bei dem allseitig bekannten Umstande, daß sich der Reichskanzler einer bedeutenden Anzahl derartiger Auszeichnungen erfreut, im ganzen ein keineswegs geringer ist. — Einer neueren Mittheilung zufolge sind die Ordensdekorationen des Herrn Reichskanzlers vollständig wieder zu Stande gebracht worden. Dieselben sind kurz nach vollbrachter That bei einem Trödler von einem unbekanntem Manne, der sich für einen Kammerdiener eines sehr hohen Herrn ausgab, um 230 fl. veräußert worden. Auf Grund erfolgter Kundmachung über den Diebstahl, mit welcher zur das Zustandekommen des Täters eine Belohnung von 200 fl. in Aussicht gestellt war, hat sich der Trödler mit den Effekten selbst gemeldet und laut des mit ihm aufgenommenen Protokolls die ausgesetzte Belohnung auch thatsächlich in Anspruch genommen.

Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft.

Zu dem gestrigen Berichte über die Vormittags-sitzung haben wir hinzuzufügen, daß unter die Mitglieder die im Auftrage des Ackerbauministeriums verfaßte Broschüre über die Hebung der Alpenwirthschaft vertheilt worden war. Von landwirthschaftlichen Gegenständen war mit Ausnahme einiger Samennuster von Hafer nichts zu sehen. Nach dem vorgetragenen Rechenschaftsberichte belaufen sich die Kosten der hiesigen Aufbeschlagsanstalt im abgelaufenen Jahre auf 1998 fl., für das nächste Jahr sind sie mit 1316 fl. präliminirt. Auf den Versuchshof wurden 565 fl. verwendet, für das nächste Jahr sind dafür 885 fl. eingestellt. Das gesammte Gesellschaftsvermögen an Realitäten und Kapitalien beträgt 37.861 fl.

Von den Berathungsgegenständen wurde der Bericht des Zentralausschusses über die Organisirung von Gesellschaftszweigen einer näheren Diskussion unterzogen. In Zukunft sollen 44 Filialen errichtet werden. Deschmann vermißt im bezüglichen Vortrage ein leitendes Prinzip bei der Bestimmung des Umfanges der einzelnen Filialen, da sie bald nach Pfarr-, bald nach Gerichtsbezirken abgegrenzt wurden, und beantragt, die neue Eintheilung vorläufig nur als eine provisorische anzunehmen. Gutmannsthal will die Zuweisung dieses Elaborates zur Ueberprüfung an ein aus der Versammlung zu wählendes Separatkomitee. Dr. Costa meint, dies wäre statuenwidrig, da nur der Zentralausschuß das beratende Organ der Gesellschaft sei. Nach mehreren gegen diese eigenthümliche, sehr monopolistische Anschauung des Vorsitzenden vorgebrachten Bemerkungen Gutmannsthal's und Kon-schegg's wird der Bericht abermals dem Zentralausschusse zur nochmaligen Ueberprüfung und Berichterstattung in der nächsten Generalversammlung zugewiesen,

womit sich auch der Berichterstatter Dr. Bleiweis ganz einverstanden erklärt.

Seunig referirt über die Verwendung der vom Ackerbauministerium für die Hebung der Landwirtschaft in Krain bewilligten Staatsdotations. Davon sollen 2200 fl. für Rindviehprämien nach fünf in einem regelmäßigen Turnus abwechselnden Konkursstationen und 1500 fl. zum Ankauf von Zuchtstieren in Verwendung kommen. Das Ministerium hatte ferner 150 fl. zum Ankaufe von Grains für Seidenzüchter und 400 fl. zur Prämierung von Rebzüchtern bewilligt. Das Zentrale beantragt für die Zukunft folgende weitere Subventionen: für den Weinbau 1000 fl., für die Hebung der Forstkultur 2000 fl. durch 5 Jahre. Die Zuchtstiere sollen nach seinen Anträgen von der Mürzthaler, Marienhofer und Röllthaler Race sein. Dagegen bemerkt Gutmannsthal, daß nach seinen Erfahrungen bisher mit der Marienhofer Race noch keine Versuche in Krain gemacht wurden, daher man bei der vom Landvolke sehr geschätzten Mürzthaler Race bleiben möge. Schollmayer bekennt sich als den Befürworter jener Race im Zentrale, er will die Rindviehzucht in Krain besonders bezüglich der Fleischproduktion gehoben wissen, dazu sei die Marienthaler Race vortrefflich, im Laßthaler und Reinziger Bezirke komme ein ihr zunächst stehender Landschlag vor, auf den die von Rudesch gehaltenen Zuchtstiere nicht ohne Einfluß waren.

Professor Konshegg und Deschmann belehren den Vorredner, daß eben in jenen Gegenden der bessere Landschlag den Kreuzungen mit der Mürzthalerrace, der auch die Rudeschschen Zuchtstiere angehört, zu verdanken sei, daher diese Race beizubehalten wäre, anstatt sich Zuchtstiere mit großen Kosten anderwärts anzuschaffen, über deren Eignung für die Landesverhältnisse noch nichts bekannt ist. Bezüglich der näheren Modalitäten der dem Stierhalter obliegenden Verpflichtungen wurden von Laßnik und Baron Wolkenberg Abänderungsanträge zu den vom Ministerium gestellten Bedingungen befürwortet, welche jedoch die Versammlung ablehnte.

Deschmann stellt die Anfrage, wie es denn komme, daß das Zentrale, welches in den Vorjahren unausgesetzt den Grundsatz verfochten, die Rindviehprämien seien für Krain ganz fruchtlos und überflüssig, und es auch durchgesetzt hat, daß die dafür bestimmt gewesenen jährlichen 600 fl. eingezogen und der Aufbeschlagsanstalt gewidmet wurden, nunmehr dieselben befürwortete? Dr. Bleiweis meint, früher seien diese Prämien zu gering gewesen, sie seien nicht für die Zucht verwendet worden, das prämirte Vieh sei gleich vom Besitzer dem Schlächter verkauft worden, übrigens sei er noch heutzutage ein abgesetzter Feind der Prämien.

Deschmann beantragt mit Berücksichtigung der vom Ministerium der Gesellschaft zugekommenen Broschüre über die Hebung der Alpenwirthschaft, daß das Zentrale auch die Ausschreibung von Prämien für ausgezeichneten Betrieb der Alpenwirthschaft bei dieser Gelegenheit ins Auge fassen möge, da dieser landwirthschaftliche Zweig in Krain sich noch auf einer sehr primitiven Stufe bewegt, und bei einer rationelleren Käse- und Milchwirthschaft eine bedeutend höhere Rente dem Alpenboden in Aussicht steht. Auch Förster Dimitz und Dr. Bleiweis befürworten diesen Antrag. Derselbe wird nebst den übrigen vom Zentrale gestellten Anträgen von der Versammlung angenommen, die übrigen, bezüglich einzelner Punkte vorgebrachten Bemerkungen haben dem Zentrale zur Darnachachtung zu dienen.

Aus dem vorgelesenen Berichte über die Einrichtung von Wanderversammlungen ging hervor, daß das Zentrale wohl einen Plan derselben entworfen, daß jedoch die Abhaltung der ersten projektierten derartigen Versammlung wegen der inzwischen eingetretenen Landtagsession unterblieb. Für die neuerrichtete Forstschule in Schueberg gab die Versammlung dem Fürsten Schönburg durch Aufstehen von den Sitzen ihre Dankesbezeugung kund.

Von den in der um 3 Uhr wieder aufgenommenen Nachmittags-sitzung verhandelten Gegenständen sind hervorzuheben: Die Anträge des Zentrales über die vom Förster Dimitz in der letzten General-

versammlung angeregte Herausgabe einer Vierteljahresschrift durch die Gesellschaft. In dem diesfälligen Berichte wurde hervorgehoben, daß in Krain kein wahres Bedürfnis nach einem deutschen Organe zur Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen bestehe, da ein solches für die Masse des Volkes ganz unverständlich wäre und die „Novice“ alle wichtigen landwirthschaftlichen Fragen bespreche, außerdem die Gesellschaft durch Flugschriften bei besonderen Anlässen belehrend wirke und dem Gebildeten ohnehin beiläufig 70 derzeit erscheinende Fach-Zeitungen in deutscher Sprache zu Gebote stünden, aus denen er sich hinlänglich informiren könne. Einer solchen regelmäßig erscheinenden Zeitschrift ginge der Stoff leicht aus, auch wäre die Kostenfrage zu berücksichtigen. Doch wurde vom Zentrale die Herausgabe zwangsloser Hefte als eine Art Annalen der Gesellschaft befürwortet, welche slovenisch und deutsch zu erscheinen hätten.

Deschmann bemerkt, daß ein sachmännisches Organ für den gebildeten Landwirth in Krain wohl sehr noth thäte, da doch von diesem zumeist die Förderung der Landwirtschaft zu erwarten sei, wichtige Erscheinungen wären darin ausführlicher zu besprechen, wie z. B. die heuer auch in Krain verheerend aufgetretene Fleckenkrankheit der Seidenraupe, bezüglich deren sich das Zentrale damit begütigte, an die Filialen Tabellen zur Ausfüllung der Anbrüten gesendet zu haben, und wovon in der „Novice“ nichts zu lesen war. Weiters scheine ihm die Mitwirkung des Berichtes mit den Schlussanträgen in Widerspruch zu stehen, die Gesellschaft sei mit der „Novice“ derzeit in gar keinem Verande, daher auch diese nicht als ihr Organ betrachtet werden könne, die herausgehenden Hefte hätten jedenfalls die detaillirten Rechnungsansätze über die gesellschaftlichen Einnahmen und Ausgaben zu enthalten, welche seit dem Aufhören der Annalen ganz vermißt werden. Uebrigens wäre bezüglich ihres Inhaltes zu wünschen, daß das bezügliche Programm zur näheren Informirung jedem Gesellschaftsmitgliede gedruckt zugestellt würde.

Landeshauptmann v. Wurzbach erklärt sich mit den zwangslosen Heften ganz einverstanden, er erblickt in der Zweisprachigkeit derselben die Ausführung des Prinzipes der Gleichberechtigung.

Dr. Bleiweis rechtfertigt das Zentrale wegen seines Vorganges bei den Erhebungen über die Seidenraupenkrankheit.

L. Dimitz ist gegen zwangslose Hefte und beantragt, daß sie jährlich wenigstens zweimal erscheinen sollen. Dr. Wurzbach spricht dagegen.

Schollmayer wendet sich gegen Deschmanns Bemerkungen bezüglich der unterlassenen Veröffentlichungen der Rechnungsabschlüsse und Präliminarien der gesellschaftlichen Einnahmen und Ausgaben, indem er ihm vorwirft, er wolle die Geldgebarung der Gesellschaft verdächtigen; auch habe ein Laibacher Blatt der Landwirtschaftsgesellschaft diesfalls angegriffen und sie sogar beschuldigt, daß sie mit der „Novice“ Schacher getrieben habe; er wolle aus den Annalen vom Jahre 1842 den Beweis liefern, wem schon damals die „Novice“ gehört habe. Diese unzeitige Provokation des etwas aufgeregten Zentralausschußmitgliedes, der zu dem vorübergegangenen Fiasko seiner Unkenntniß der Rindviehracen in Krain einen ähnlichen Beweis seiner oberflächlichen Studien in der Geschichte der Landwirtschaftsgesellschaft hinzuzufügen Gefahr lief, rief in der Versammlung allgemeinen Unwillen hervor. Nach einer energischen Abwehr Deschmanns gegen derlei unzeitige Polemik mußte das vorgehabte historische Exposé des unberufenen Anwaltes der „Novice“, der eine ganze Ladung von Annalen vor sich aufgestapelt hatte, unterbleiben.

In der Spezialdebatte wurden sämtliche Anträge des Zentrales bezüglich des Erscheinens der herauszugebenden periodischen Hefte mit dem Abänderungsantrage des L. Dimitz, daß sie wenigstens zweimal im Jahre zu erscheinen haben, angenommen.

(Schluß folgt.)

Lokal-Chronik.

— (Willkommenne Gäste.) Mit dem gestern eingetretenen Witterungswechsel haben sich zahlreiche Schaa ren von Wildenten auf dem Laibacher Moraste

